

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 32/3 (2005)

DOI: 10.11588/fr.2005.3.64098

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

sa méthode connue de l'activation de réseaux de relations personnelles. Elle répond positivement à sa principale problématique: les débuts d'une politique étrangère européenne sont bien en prémices dans les relations extérieures de la CECA. En particulier, les racines actuelles du procédé d'association sont, selon l'auteur, à trouver dans le traité de 1954 d'association avec la Grande-Bretagne et la première étape du véritable rôle d'acteur de la diplomatie européenne se trouvent dans la définition du droit des légations. Le processus qui a alors été mis en place n'est toujours pas achevé aujourd'hui. C'est un résultat intéressant que de constater que les obstacles majeurs sont venus plutôt de l'intérieur (les membres, qui avaient du mal à accepter la progressive autonomie des acteurs supranationaux) que de l'extérieur (les pays tiers). Les résistances les plus grandes seraient venues des Français qui n'acceptaient pas la mise en place d'acteurs indépendants des États sur la scène internationale.

Cet ouvrage concerne un domaine qui peut sembler confidentiel pour les non-initiés, mais il montre bien l'intérêt d'une approche historique pour la compréhension de phénomènes juridiques et administratifs à l'échelle internationale. Becker-Döring a réussi un beau travail de recherche qui deviendra vite indispensable pour les spécialistes de la question européenne.

Françoise BERGER, Grenoble

Jean-Paul CAHN, Klaus-Jürgen MÜLLER, *La République fédérale d'Allemagne et la Guerre d'Algérie (1954–1962). Perception, implication et retombées diplomatiques*, Paris (Éditions du Félin) 2003, 510 S. (Histoire et Sociétés).

Über die Entwicklung der deutsch-französischen Entente während der Kanzlerschaft Konrad Adenauers sind wir dank neuester Monographien umfassend informiert. Welche Rolle Algerien in diesem schwierigen Prozeß der Verständigung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gespielt hat, erfahren wir nun in bisher nicht erreichter Dichte aus der luziden Studie von Cahn und Müller. Seit Anfang der fünfziger Jahre dachten politische und wirtschaftliche Kreise dies- und jenseits des Rheins darüber nach, wie die drei nordafrikanischen Departements in die bilaterale Zusammenarbeit einbezogen werden könnten. Der Aufstand der Algerier gegen das französische Mutterland am 1. November 1954 änderte die Lage grundlegend. Fixiert auf die soeben erst beendeten internationalen Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatuts und die Wiederbewaffnung, schenkte die Bundesrepublik der Erhebung zunächst kaum Beachtung. Je mehr der Ruf Algeriens nach Unabhängigkeit aber ihre guten Beziehungen zu den arabischen Staaten tangierte, das westliche Bündnis belastete und den Ost-West-Gegensatz schürte, desto weniger konnte sie sich dem immer blutigeren Konflikt an der südlichen Mittelmeerküste entziehen. Wie die Bundesrepublik die gefährliche Fahrt zwischen der »französischen Scylla« und der »arabischen Charybdis« letztlich meisterte, dies analysieren Cahn und Müller im Zuge ihrer beeindruckenden deutsch-französischen Wissenschaftskooperation auf der Basis breiter Archivforschungen in acht chronologischen Kapiteln, die sowohl die Positionen der Bonner Regierung als auch der Opposition, der Wirtschaft wie der öffentlichen Meinung berücksichtigen.

Für den »im späten 19. Jahrhundert geprägte[n] Kolonialist[en]« Adenauer (Hans-Peter Schwarz) bestand an der moralischen Berechtigung Frankreichs zur Verteidigung seiner Departements kein Zweifel. Eine offene Parteinahme kam für ihn jedoch nicht in Frage, denn die deutsche Algerienpolitik sah sich dem Dilemma ausgesetzt, daß sie weder die traditionell guten Beziehungen zur arabischen Welt noch die wachsende Freundschaft mit Frankreich gefährden durfte – letzteres um so mehr, als die Bundesrepublik wegen der anglo-amerikanischen Détente-Bemühungen dringend der französischen Rückendeckung bedurfte. Ungeachtet der im In- und Ausland zunehmend schärfer artikulierten Kritik am

französischen Militäreinsatz wurden regierungsinterne Gedankenspiele über eine Neubestimmung des deutschen Algerienkurses von der »politique du grand écart« in Richtung auf eine »équidistance« (S. 227) daher nur bedingt umgesetzt. Gewiß, seit 1958 entfaltete sich unterhalb der Ebene der »Großen Politik« »une politique à deux étages – solidarité franco-allemande affichée mais une évolution simultanée de la politique arabe sur le plan de la diplomatie de haut vol« (S. 278). Und das Auswärtige Amt stand in engem Kontakt mit SPD-Politikern, die der algerischen Befreiungsfront gute Dienste leisteten, billigte 1961 auch wirtschaftliche Aktivitäten deutscher Unternehmer vor Ort. Adenauer hingegen hielt sich bis zum Friedensschluß von Évian Anfang 1962 dezidiert zurück, sperrte sich gegen den Rat der Diplomatie, in direktem Gespräch mit de Gaulle auf eine Beendigung des Krieges hinzuwirken. So grausam der Unabhängigkeitskampf auch sein mochte, besaß er im Gesamtkontext seiner Frankreichpolitik nur nachrangige Bedeutung. Nicht das Schicksal Algiers, sondern Berlins trieb den Kanzler um. Da de Gaulle in der Berlin-Krise fest an seiner Seite stand, wahrte Adenauer seine aus Loyalität geborene Neutralität. Am Ende zahlte sich die Bonner Spagatpolitik aus. Die drohende Gefahr einer Anerkennung der DDR durch arabische Staaten konnte abgewehrt, die deutsch-französische Entente gefestigt werden. Ob der General dem Kanzler bei einer algerienfreundlicheren Position den deutschlandpolitischen Beistand gekündigt hätte, erscheint angesichts der historischen und politischen Dimension der von ihnen betriebenen Aussöhnung zwischen beiden Völkern indes eher unwahrscheinlich.

Ulrich LAPPENKÜPER, Bonn

William Glenn GRAY, *Germany's Cold War. The Global Campaign to Isolate East Germany, 1949–1969*, Chapel Hill (The University of North Carolina Press) 2003, 351 S.

Die grundlegende außenpolitische Entscheidung der Bundesregierung von 1949, die DDR nicht anzuerkennen, wurde nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion 1955 in die Form der sogenannten »Hallstein-Doktrin« gegossen. Sie beruhte auf dem Anspruch der Bundesrepublik, allein für das deutsche Volk sprechen zu können; wer Beziehungen zu Ost-Berlin aufnahm, mußte mit Sanktionen rechnen, die bis zum Abbruch der Beziehungen mit Bonn gehen konnten. Die Hallstein-Doktrin ist sowohl zeitgenössisch als auch im nachhinein mehr gescholten als gelobt worden; erst vor wenigen Jahren hat Werner Kilian mit seinem Buch zu diesem Thema auf der Basis von Akten aus beiden deutschen Außenministerien nochmals in den Chor der Kritiker eingestimmt.

Gray vermeidet in seiner Studie ein vorschnelles Urteil. Auf der Grundlage der west- und der ostdeutschen, aber auch der amerikanischen, britischen und französischen Akten bettet er die westdeutsche Nichtanerkennungspolitik in den internationalen, den innerdeutschen und den innenpolitischen Kontext ein. Er arbeitet Genese und Wandel in der Anwendung der Hallstein-Doktrin, vor allem aber die Reaktionen der östlichen Seite sowie die Gegenstrategie der DDR deutlich heraus und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur west- wie zur ostdeutschen Außenpolitik der fünfziger und sechziger Jahre. Weitgehend bekannt ist die Entstehung der Nichtanerkennungspolitik und der – damals noch nicht so genannten – Hallstein-Doktrin im Herbst 1955. Auf einer Botschafterkonferenz vom Dezember 1955 wirkte Wilhelm Grewe darauf hin, in dieser Frage möglichst flexibel zu bleiben – Gray spricht zu Recht von einem »program of calculated ambiguity that would preserve maximum maneuvering room for the Federal Republic« (S. 47). Zunächst hielten sich die Kosten dieser Politik in Grenzen. Der Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien nach der Anerkennung der DDR durch Belgrad im Jahre 1957 blockierte zwar vorerst die westdeutsche Außenpolitik gegenüber den Ostblockstaaten. Der dadurch erreichte